

Gemeinsame Erklärung der GLP, SP, Grüne und AL Fraktionen im Gemeinderat



“Heimlifeisseln” und Diktat des Kantons

Im November 2023 haben die Parteien GLP, SP, Grüne und AL das Postulat 2022/674 an den Stadtrat überwiesen. Mit diesem Postulat wird gefordert, dass die Stadtpolizei von der Praxis, die Nationalität in Medienmitteilungen zu nennen, ablässt und zur Praxis wie vor der Abstimmung vom März 2021 zurückkehrt.

Denn das Bundesgericht stellte fest, dass der umstrittene Artikel 51a PolG die Nationalitätenennung bei Straftaten nicht regeln darf, sondern nur die von (Unfall-)Opfern und Vermissten. Auch die Weisung der Oberstaatsanwaltschaft (WOSTA) konnte für die Nennung der Nationalität als Grundlage nicht hinzugezogen werden, weil der entsprechende Absatz lediglich an die Staatsanwaltschaft und nicht auch an die Polizei gerichtet war.

Mit Erstaunen haben wir über die Medien die Information erhalten, dass die Oberstaatsanwaltschaft infolge unseres Vorstosses die Weisung per 1.1.2024 angepasst hat. Neu ist in Bezug auf Täter:innen, Tatverdächtigen und Opfern neben dem Alter, Geschlecht auch die Nationalität bei Medienorientierungen, auch durch die Polizei und nicht nur durch die Staatsanwaltschaft bekanntzugeben.

Dies im stillen Kämmerchen. Ohne irgendwelche Informationen, obschon es der Oberstaatsanwaltschaft bewusst war, wie politisch brisant dieses Thema ist.

Informiert wurde lediglich die Stadtpolizei. Punkt. Diese sah es ebenfalls nicht für notwendig, den Stadtrat, den Gemeinderat, die entsprechende Kommission oder die Öffentlichkeit zu informieren.

Transparenz ist ein grundlegendes Prinzip einer funktionierenden Demokratie.

Sie bedeutet, dass politische Entscheidungen und Handlungen nachvollziehbar und verständlich sein sollten.

Sie bedeutet, dass alle politischen Akteur:innen offen und ehrlich kommunizieren.

Und diese Transparenz gilt nicht nur gegenüber den Bürger:innen, sondern auch gegenüber dem Parlament seitens der Regierung.

Eine transparente Zusammenarbeit von Exekutive und Legislative beinhaltet den offenen Austausch von Informationen, sodass kein Misstrauen entsteht.

Und genau dieses Grundprinzip hält der Kanton wohl für irrelevant.

Oder aber, der Kanton ist selber nicht von dieser Lösung überzeugt und hat mit seinem “Heimlifeisseln” versucht, unter dem Radar zu fliegen und so sowohl den stadtzürcherischen Volkswillen und den Gemeinderat auszutricksen.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit seitens Kanton oder der Stadtpolizei sieht anders aus. Vor allem aber ist diese Intransparenz des Kantons unserer Demokratie nicht würdig.

Wir erwarten vom Kanton, der Oberstaatsanwaltschaft und der Stadtpolizei eine Aufklärung über dieses Vorgehen. Nicht zuletzt damit das Vertrauen zwischen allen Akteur:innen wiederhergestellt werden kann.

Und vom Stadtrat erwarten wir, dass er sich für den Willen der Stadtbevölkerung und gegen das Diktat vom Kanton einsetzt, statt einfach das Sicherheitsdepartement verlauten zu lassen, dass es das Postulat zur Abschreibung beantragen will – was im Übrigen dem Gemeinderat obliegt.

Für Rückfragen:

- Serap Kahriman, Gemeinderätin GLP, Tel.: 078 816 54 51
- Marcel Tobler, Gemeinderat SP, Tel.: 078 808 05 15
- Luca Maggi, Gemeinderat Grüne, Tel.: 076 480 35 10
- Moritz Bögli, Gemeinderat AL, Tel.: 076 559 63 04